

Finanzen nachhaltig konsolidieren ohne das Land kaputt zu sparen Der Haushaltsentwurf der Landesregierung 2013



Bild: Thorben Wengert@pixelio.de

Finanzminister Norbert Walter-Borjans hat am Mittwoch dem Landtag den Etatentwurf 2013 vorgelegt. Er sieht Ausgaben in Höhe von rund 60 Milliarden Euro vor. Die Neuverschuldung soll mit 3,5 Mrd. Euro rund 800.000 Euro geringer ausfallen als im Vorjahr. Mittelfristig soll die strukturelle Nettoneuverschuldung schrittweise weiter von 2,4 Mrd. Euro in 2014 über 1,9 Mrd. und 1,3 Mrd. in 2015 und 2016 gesenkt werden.

Heftige Kritik äußerte Walter-Borjans gegenüber der Bundesregierung: „Die Weigerung des Bundes, Weichen für zusätzliche Einnahmen zu stellen, bedroht die Funktionsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden. Um die Schuldenbremse zu schaffen, ohne das Land kaputt zu sparen, muss die Einnahmesituation verbessert werden.“

Die SPD-geführte Landesregierung hat Wort gehalten. Nachdem bereits das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 mit rund 8,4 Milliarden Euro das historisch höchste war, unterstützt das Land die Kommunen 2013 mit rund 8,7 Milliarden Euro und erhält so die Handlungsfähigkeit der Gemeinden in NRW.

Weiterlesen:

Drucksache: 16/400
Haushalts-
Gesetzesentwurf

Drucksache: 16/1401
Mittelfristige
Finanzplanung 2012 -
2016

Haushaltsplan-
entwurf 2013



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,*

Kurz vor den Feiertagen gab es nochmals eine abwechslungsreiche Woche im Düsseldorfer Landtag. Für uns Abgeordnete standen neben der Einbringung des Landeshaushaltes für 2013, dem Beschluss des Gemeindefinanzierungsgesetzes auch viele weitere Themen auf der Tagesordnung. Wir haben versucht, diese wieder für Sie kompakt zusammenzufassen. Wir - die sieben Kölner Landtagsabgeordneten wünschen Ihnen allen besinnliche Weihnachtstage im Kreise Ihrer Familien und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Für die Abgeordneten

Ihr



Kein Nachlassen in den Bemühungen um menschenwürdiges Wohnen in Chorweiler.



Zur aktuellen Berichterstattung erklären Andreas Kossiski und Jochen Ott:

Der Termin der für den 18. Januar angesetzten Zwangsversteigerung von Wohnungsbeständen in Chorweiler rückt näher. Medienberichten zufolge hatte vergangene Woche ein großer Finanzinvestor in einem Brief an Landesbauminister Michael Groschek erklärt, nicht mitbieten zu wollen. Die Berichterstattung zum Rückzug der Immobilienfirma von den Interessenten nehmen wir zu Kenntnis.

Bild: Privat

Unabhängig von diesen Entwicklungen stehen die Zwangsversteigerung der Wohnungen und die Situation der Mieterinnen und Mieter unvermindert im Fokus unserer Aufmerksamkeit. Denn es bleibt abzuwarten, was am 18. Januar geschehen wird. Wir bleiben skeptisch, da auch andere Finanzinvestoren die zur Zwangsversteigerung stehenden Wohnungsbestände aufkaufen könnten.

Unsere Bestrebungen sind daher unverändert: zum Wohl der Menschen in den Stadtteilen in Chorweiler und Finkenberg wollen wir die Situation in den Hochhaus-Beständen verbessern. Wir arbeiten weiter auf allen Ebenen an Maßnahmen, um künftig besser verhindern zu können, dass heruntergewirtschaftete Wohnungen zu übersteuerten Preisen vermietet werden. In der Enquete-Kommission des Landtags sowie seitens der Stadt werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die relevanten Instrumente zu schärfen und einer Heuschrecke in Zukunft besser entgegentreten zu können.

Sollte am 18.01. dann tatsächlich eine an kurzfristigen Renditezielen interessierte Immobilienfirma die Wohnungsbestände in Chorweiler ersteigern, werden wir alle verfügbaren Maßnahmen zum Einsatz bringen. Der neue Eigentümer muss seinen Verpflichtungen gerecht werden und wird notfalls von uns daran erinnert. Wohnen ist ein Grundrecht und in den Bemühungen um menschenwürdiges Wohnen in Chorweiler lassen wir nicht nach. Wohnen ist ein Grundrecht und in den Bemühungen um menschenwürdiges Wohnen in Chorweiler lassen wir nicht nach.

Unsere Botschaft für die Menschen vor Ort ist klar: wir stehen an eurer Seite und würden einer Heuschrecke, die die Wohnungen ersteigert, genauestens auf die Finger schauen.



Bildarchiv des Landtags NRW, Bernd Schälte

„Änderung des Sparkassengesetzes notwendig - Sparkassen vor Ort entlasten!“

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben heute im Landtag einen gemeinsamen Antrag mit dem Titel "Sparkassengesetz ideologiefrei anpassen – Sparkassen vor Ort entlasten!" verabschiedet. Dazu erklärt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Börschel:

„Der Antrag enthält vier wichtige Elemente:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert auf eine Zwangsfusion der Sparkassenverbände zu verzichten, sofern sie konkrete Kooperationsvereinbarungen umsetzen, die die Sparkassen vor Ort durch Synergien entlasten!
2. Der Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen der Sparkassen soll erhöht werden und dazu die entsprechenden Fördermaßnahmen entwickelt werden.
3. Das Renteneintrittsalter soll an die allgemeinen Regelungen im öffentlichen Dienst angepasst werden.
4. Die Transparenz bei Bezügen soll effektiver umgesetzt werden.

Obwohl die CDU in einem eigenen Entschließungsantrag sehr wortreich dargelegt hat, warum die unter Schwarz-Gelb festgelegte Zwangsfusion heute nicht mehr sinnvoll ist, konnte sie nicht ganz über ihren Schatten springen und hat den Antrag der Koalitionsfraktionen abgelehnt.“

[Weiterlesen:](#)

Drucksache 16/1628
Sparkassengesetz

Großer Sanierungsbedarf bei Bundesfernstraßen - Kölner Autobahnring massiv betroffen



Bild: Petra Bork / pixelio.de

Die Landesregierung informierte im Düsseldorfer Landtag über die Sperrung der Autobahnbrücke bei Leverkusen für Lkw. Die Brücke ist beschädigt und muss dringend repariert werden.

Der Kölner SPD Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Jochen Ott sagt hierzu:

„Wir weisen den Bund seit mehr als zwei Jahren auf die Problematik der Kölner Rheinbrücken hin – leider ohne Erfolg! Die Sperrung der Leverkusener Rheinbrücke wird die angespannte Verkehrslage auf dem Kölner Autobahnring zusätzlich massiv belasten. Die Ausweichstrecken werden permanent überlaufen und so zu noch mehr Stau und einer Belastung der dortigen Anwohnerinnen und Anwohner und der weiteren maroden Rheinbrücken in und um Köln herum führen.“

Da der Kölner Autobahnring die meist befahrene Autobahnroute Europas ist, wirkt sich die Sperrung auf ganz Deutschland und auf europäische Nachbarländer negativ auswirken - das haben wir alle in den vergangenen zwei Wochen durch die deutliche Zunahme von Staus auf dem gesamten Kölner Autobahnring bereits deutlich zu spüren bekommen!“

„Verkehrsminister Michael Groschek hat mit der Sperrung dennoch richtig gehandelt. Die Sicherheit der Menschen geht vor, auch wenn wir dadurch momentan stärker belastet werden“, so Ott weiter.

Bei den aktuell festgestellten Schäden handelt es sich um Risse im Anschlussbereich von zwei Querträgern an den Hauptträgern. Die Risse setzen sich bereits in einem ersten Ansatz im Hauptträger fort. Anders als die bisherigen Risse, die in den zurückliegenden Monaten kontinuierlich repariert wurden, ist damit eine gravierendere Schadensstufe erreicht, die zum sofortigen Handeln gezwungen hat - die Brücke soll bis zum März kommenden Jahres wieder voll befahrbar sein- der Bund hat für sofortige Sanierungsmaßnahmen eine Million € zur Verfügung gestellt.

Dies ist allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein - seit den 1980er Jahren bekommt NRW im Verhältnis zu seiner Einwohnerstärke und Nutzungsfrequenz des Autobahnnetzes völlig unzureichende Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt für Infrastrukturmaßnahmen. Nordrhein-Westfalen benötigt allein in den kommenden zehn Jahren 3,5 Milliarden Euro für den Erhalt der Brücken auf den Bundesfernstraßen - „Zuerst haben wir den Süden aufgebaut, dann den Osten und ich denke, dass es nun Zeit ist, dass wir den Westen auch wieder aufbauen“, so Jochen Ott abschließend.

Blutspenden ohne Diskriminierungen

Homo- und bisexuelle Männer dürfen momentan in Deutschland grundsätzlich kein Blut spenden. Sie werden grundsätzlich unter den Generalverdacht einer möglichen HIV-Erkrankung gestellt. Ein am Donnerstag im Landtag diskutierter Antrag von SPD und Grünen, der zur weiteren Ausschussberatung überwiesen wurde, macht auf diese besondere Diskriminierung aufmerksam. Das Ziel: Die NRW-Landesregierung soll sich auf Bundesebene für die Änderung der entsprechenden „Richtlinie zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten“ einsetzen.

Hierzu sagt Lisa Steinmann: „Es kann nicht sein, dass sich solche für die Gesellschaft grundlegend wichtige Spenderbereitschaft an der sexuellen Orientierung der Menschen entscheidet - das Kriterium muss das Risikoverhalten des Menschen selbst sein.“

[Weiterlesen:](#)

Drucksache: 16/1627

Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes beenden

Mit einem neuen Ladenöffnungsgesetz will die rot-grüne Landesregierung die weitere Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes stoppen. Das neue Gesetz soll unter anderem dafür sorgen, dass pro Stadt die Sonntagsruhe zukünftig an mindestens 39 Sonntagen pro Jahr sichergestellt ist. Der Sonntagschutz soll bereits am Samstag um 22 Uhr beginnen. Nur für eine begrenzte Anzahl von Samstagen soll „Late Night-Shopping“ möglich sein. Nach der ersten Lesung im Landtag wird der Gesetzentwurf nun in den zuständigen Ausschüssen weiter beraten.

[Weiterlesen:](#)

Drucksache: 16/1572

Untersuchungsausschuss nimmt BLB-Bauprojekte unter die Lupe

Gemeinsam haben alle Fraktionen die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung der Vorgänge rund um einzelne Bauvorhaben des Bau- und Liegenschaftsbetriebes (BLB) beschlossen. Die BLB-Projekte Landesarchiv Duisburg, Polizeipräsidium Köln-Kalk, Fachhochschule Köln, Schloss Kellenberg, Vodafone Hochhaus Düsseldorf und Landesbehördenhaus werden im Zentrum der PUA-Arbeit stehen. Unsere beiden Abgeordneten Ingrid Hack (ordentlich) und Stephan Gatter (stellvertretend) werden im parlamentarischen Untersuchungsausschuss als Mitglieder vertreten sein.

[Weiterlesen:](#)

Drucksache: 16/1619

„Zuerst die Jüngsten, und zuerst diejenigen, deren Bedarf am größten ist“



Bild: Diek Gebhard

Dem Antrag der CDU-Fraktion, die Verteilung der 15,2 Mio. € (2012 und 2013), und ab 2014 jährlich 10,3 Mio. € nicht nach Sozialindex vorzunehmen, wird die SPD-Fraktion nicht zustimmen. In ihrer Rede erläuterte Ingrid Hack die Gründe dafür, und warum der Sozialindex hier ein absolut sinnvolles Instrument ist.

Hier finden Sie die Rede von Ingrid Hack:

[Rede von Ingrid Hack](#)

In Köln wird ein Teil der Summe von 1.038.000 € für 2012 und 2013 für das „KinderWillkommen“ (KiWi) –Programm verwendet, das mehrere freie Träger teils mit Familienhebamme, teils mit SozialarbeiterInnen und immer mit ausgebildeten Ehrenamtlichen durchführen. Der Kinderschutzbund (Rodenkirchen und Kalk), Kindernöte e.V. (Chorweiler), wir für Pänz (Ehrenfeld), Deutsches Rotes Kreuz (Lindenthal), Bürgerzentrum Vingst e. V. (Mülheim), Evangelische Familienbildungsstätte (Innenstadt) und der Sozialdienst katholischer Frauen e. V. (Nippes und Porz) bieten Unterstützung und Informationen für Eltern und ihre Jüngsten. Der andere Teil der Mittel wird für die Arbeit der Familienhebammen und den Ausbau der schon geknüpften Netzwerke vieler Akteure in Köln verteilt: So kann Hilfe da ankommen, wo sie am nötigsten ist.

Kunst im Düsseldorfer Landtag

Anlässlich der Hängung seiner Bilder besuchte Thomas Hackenberg, WDR-Moderator und Künstler die Abgeordnete Lisa Steinmann in ihrem Büro im Landtag. Das Werk „Red Pirates of Borocay“, das der Künstler als freundliche Leihgabe zur Verfügung stellt, spielt auf die netzpolitische Kompetenz der Sozialdemokratin an und ist eine persönliche Hommage.



Bild: Eva Vicentini



Bild: Aidshilfe Köln e.V.

Lisa Steinmann und Andreas Kossiski: Solidarität fördern zeigt Vielfalt!

Der 1. Dezember ist in jedem Jahr der Welt AIDS Tag. An diesem Tag gehen die Menschen auf die Straße, um ihre Solidarität mit den HIV-Positiven zu demonstrieren und sich für Aufklärung und Information über HIV und AIDS einzusetzen. Auch in Köln sind wieder viele Prominente auf die Straße gegangen um für den guten Zweck zu sammeln. Gemeinsam mit der Kölner Bürgermeisterin und SPD-Bundestagskandidatin Elfi Scho-Antwerpes waren unsere Landtagsabgeordneten Lisa Steinmann und Andreas Kossiski gemeinsam mit Ratskollegen und den Schwusos unterwegs, um für die Kölner Aidshilfe zu sammeln.

Andreas Kossiski wurde am Rande der Veranstaltung vom Szenemagazin Flash interviewt, unsere Abgeordnete Ingrid Hack erwirtschaftete rund 400 € durch Glühweinverkauf am Abend des Welt-AIDS-Tages.

Dass Köln bunt und vielfältig ist, zeigte sich auch bei den 1. LST Wirtschaftsgesprächen, an denen Andreas Kossiski als DGB-Chef der Region teilnahm. Der Ortsverband Köln des Lesben- und Schwulenverbandes zu den Gesprächen eingeladen, in dem erstmals die Wirtschaftsverbände der Community mit IHK, DGB und dem Amt für Wirtschaftsförderung zusammen kamen, um Schnittmengen der Arbeit und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. „Schwule, Lesben und Transsexuelle sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und wir freuen uns, wenn wir eingeladen sind, gemeinsam an einer vielfältigen und toleranten Zukunft zu arbeiten“, so Andreas Kossiski abschließend.

[Weiterlesen:](#)

[Link LST Wirtschaftsgespräche](#)

[Hier gelangen Sie zu den Seiten der Aidshilfe Köln](#)

[Link zum Flash-Interview](#)